

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 1

Artikel: Schweizer Inflation und Verantwortlichkeiten
Autor: Berger, Hansruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizer Inflation und Verantwortlichkeiten

Unser Jahrhundert – das Zeitalter ungestümen sozialen Fortschritts – scheint seinem Ruf, die materielle Existenz des Menschen gefördert und damit der ehedem so elenden Klasse der Besitzlosen zu einem würdigen Dasein verholfen zu haben, nicht in jeder Hinsicht gerecht werden zu wollen. Die Inflation, ein ausgesprochenes Kind unserer modernen Geldwirtschaft, sorgt dafür, dass in ehrlicher Arbeit erworbene Ersparnisse ihren Besitzern unter den Fingern zerrinnen; sie schanzt das Besitztum jenen zu, welche, in Befolgung der Zeichen der Zeit, die dem Sparer entliehenen Mittel zur Mehrung ihres eigenen Vermögens nutzen.

Die nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland einsetzende Geldentwertung, die zur Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten führte und zum Wegbereiter der späteren politischen Umwälzungen wurde, ist hiefür ein bedecktes Beispiel. Seit dem Zweiten Weltkrieg geht nun in der westlichen Welt das durch kurze Perioden relativer Stabilität unterbrochene makabre Schauspiel der Inflation erneut über die Bühne, wenn auch das Ausmass der Geldentwertung in keinem Verhältnis zur Hyperinflation der beginnenden zwanziger Jahre steht. Inflation und ihre unliebsamen Nebenwirkungen sind heute zu einem Problem ersten Rangs, die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Massnahmen zu einem eigentlichen Politikum geworden. Ihr zersetzender Einfluss auf die Wirtschaft ist uns durch die unaufhörlichen Preisänderungen der vergangenen Jahre nachgerade sattsam bekannt; es erscheint uns müssig, hierüber viel Worte zu verlieren. Das Ziel unseres Artikels ist vielmehr die Darstellung der technischen Aspekte des inflationären Prozesses, ist doch die Kenntnis der der Inflation innewohnenden Eigengesetzlichkeit unbedingte Voraussetzung für eine sachliche Beurteilung unserer heutigen heiss umstrittenen Wirtschaftspolitik.

Voraussetzungen der Geldentwertung

Inflation lässt sich in aller Kürze definieren als Ansteigen des durchschnittlichen Preisniveaus (gewogenes Mittel aller Preise, ausgedrückt in einem Preisindex, etwa dem Konsumentenpreisindex), hervorgerufen durch eine Zunahme des Geldangebotes (Güternachfrage), dem keine (oder keine gleich hohe) Vergrösserung des Güterangebots gegenübersteht. Dabei brauchen nicht sämtliche Preise die gleiche Zuwachsrate aufzuweisen, ja einzelne können sogar sinken. Dieses Phänomen sinkender Preise bei gleichzeitig vorherrschender Inflation liess sich in den vergangenen Jahren zu wiederholten Malen bei (international gehandelten) Gütern wie etwa Kaffee oder Zucker

feststellen, deren Preise durch einen weltweiten Markt bestimmt werden und fast völlig unabhängig von der Entwicklung des Preisniveaus in den Absatzländern sind. Wenn also der Detailhandel unter dem Motto «Kampf der Teuerung» Preisabstriche auf obgenannten Artikeln vornimmt, so liegen diesem Vorgehen in den wenigsten Fällen echte interne Kosteneinsparungen oder gar eine Verringerung der Gewinnmarge zugrunde. Hiefür verantwortlich ist vielmehr der Preissturz auf den Weltmärkten infolge einer tendenziell noch zunehmenden Überproduktion.

Voraussetzung für das Entstehen einer Inflation ist also definitionsgemäß eine Disproportion zwischen Güterangebot und Güternachfrage. Der bei einem bestimmten Niveau der Güterproduktion pro Zeiteinheit im Umlauf befindlichen Geldmenge entspricht dann ein bestimmtes Preisniveau, allerdings unter der Annahme einer unveränderlichen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (diese Ziffer zeigt an, wieviele Male eine bestimmte Geldmenge pro Zeiteinheit die Hand wechselt; halten die Leute zum Beispiel mehr Geld in ihrer Kasse, so wird die Ziffer kleiner und das Preisniveau sinkt).

Erhöhen wir das Geldvolumen, so werden auch die Güterpreise entsprechend ansteigen. Erläutern wir diesen Vorgang kurz an einem Zahlenbeispiel: In einer Volkswirtschaft werde – so soll zur Vereinfachung angenommen werden – nur ein einziges Gut hergestellt. Die Fabrikation betrage 100 Einheiten pro Zeiteinheit (sagen wir innert eines Jahres), die monetäre Nachfrage (Geldbetrag in Händen der Käufer) 400. In diesem Fall ist der Preis pro Einheit 4. Steht nun den Käufern die doppelte Geldmenge – bei unverändertem Warenangebot – zur Verfügung und wird die ganze Warenmenge von den Käufern übernommen, so wird sich der Preis verdoppeln. – Somit muss jede Erhöhung der Geldmenge bei gleichem Produktionsniveau zu einem Preisanstieg führen. Ein konstantes Preisniveau stellt sich nur dann ein, wenn die Geldmenge in Anpassung an den Produktivitätszuwachs einer Volkswirtschaft (Produktionsanstieg pro Arbeiter) und an die Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung erhöht wird.

Es leuchtet ein, dass die Schaffung von Geld bei der enormen Tragweite dieses Vorgangs nach bestimmten, am Gesamtinteresse einer Volkswirtschaft ausgerichteten Grundsätzen zu erfolgen hat. Wir gebrauchen hier absichtlich den Ausdruck «Schaffung», lässt sich doch das Geldvolumen nicht nur durch die Ausgabe von Münzen und Notengeld erhöhen; vielmehr ist dazu auch das Bankensystem auf dem Wege über die Kreditgewährung in der Lage. Hierüber wird später noch zu sprechen sein.

Beschränkter Einfluss der Nationalbank

In allen entwickelten Volkswirtschaften ist denn auch die Notenausgabe monopolisiert, das heißt das entsprechende Privileg ist dem Konkurrenzprinzip der Privatwirtschaft entzogen und einer einzigen, öffentlich-rechtlichen

oder zumindest gemischtwirtschaftlichen Charakter aufweisenden Organisation übertragen, die in ihrer Geschäftstätigkeit besonders straffen Gesetzesbestimmungen unterworfen ist. In der Schweiz wird diese Funktion durch die Nationalbank ausgeübt (Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank). Durch Gewährung von Krediten an die Banken, etwa durch Diskontierung erstklassiger Wechsel oder Einräumung von Lombard- (Faustpfand-) Krediten, sowie durch Offenmarktoperationen (Kauf und Verkauf von Staatsobligationen) führt sie unserer Wirtschaft die für ihr Wachstum notwendigen Geldmittel zu. Dies bedeutet nun wieder nicht, dass die Nationalbank die Kontrolle über das Geldvolumen unserer Volkswirtschaft völlig in der Hand hat; vielmehr legt ihr die liberale Grundversfassung unserer Wirtschaft empfindliche Einschränkungen auf, von denen zu sprechen unsere nächste Aufgabe sein soll.

Seit der Einführung der vollen Konvertibilität des Schweizer Frankens besteht für die Nationalbank unter anderem auch eine uneingeschränkte Einlösungspflicht für Devisen (=ausländische Valuta) gegen unsere eigene Währung. Strömen nun auf Grund eines Überschusses in unserer Zahlungsbilanz (Ausdruck für den gesamten Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr einer Volkswirtschaft mit dem Ausland) Devisen in unser Land, so werden diese an den Schaltern unserer Bank in Schweizer Franken umgewechselt, die Banken ihrerseits werden die erworbene ausländische Valuta bei der Nationalbank vorweisen, um wiederum Schweizer Franken zu erhalten. Auf diesem Wege gelangen flüssige Mittel in den Geldkreislauf, ohne dass unsere Notenbank mit den ihr heute zur Verfügung stehenden Mitteln die Möglichkeit hätte, dagegen einzuschreiten. Die inflationären Auswüchse der letzten Jahre in der Schweiz müssen teilweise dem Auftreten des hier skizzierten Vorgangs zugeschrieben werden, wies doch die Schweiz in dieser Periode sehr beachtliche, eine ungesunde Verflüssigung unseres Geld- und Kapitalmarkts hervorrufende Zahlungsbilanzüberschüsse auf. Die im Frühling dieses Jahres ausgelaufenen Konjunkturbeschlüsse dienten denn auch weitgehend der Abwehr dieser «importierten Inflation». Es musste jedoch von allem Anfang an klar sein, dass diesen Massnahmen kein voller Erfolg beschieden sein würde, weil damit eben nur eines jener Übel behoben werden konnte, welche an der Substanz unserer Währung zehren. Andere Inflationsherde wie die berüchtigte Sparlücke (die Investitionsgüterproduktion wird durch das Sparen nicht voll gedeckt) oder die wachsenden Budgetdefizite der Kantone und wohl nächstens auch des Bundes blieben unberücksichtigt. Mehr als eine Verlangsamung des Lebenskostenanstieges konnte somit vernünftigerweise niemand erwarten, doch ist mit diesen Massnahmen zweifelsohne ein Schritt in der richtigen Richtung unternommen worden. In Anbetracht dieser Tatsachen muss die demagogische Propaganda gewisser Wirtschaftskreise, die den Konjunkturbeschlüssen die eigentliche Schuld an der Geldentwertung der vergangenen drei Jahre zuschieben wollen, höchst unangenehm berühren.

Geldschöpfung des Bankensystems

Noch weit empfindlicher aber wird der Aktionsradius unserer Notenbank durch die bereits angetönte Möglichkeit des Bankensystems, selbständig Geld zu schaffen, eingeschränkt. Eine umfassende Analyse dieses Vorgangs würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen; trotzdem möchten wir – in Anbetracht der Bedeutung, der ihm in einer hochentwickelten Wirtschaft zukommt – auf die wesentlichsten Punkte kurz eingehen:

Eine Bank wird die kurzfristig (auf Abruf) bei ihr deponierten Gelder nicht in ihrem vollen Umfang zur Deckung der gegenüber den Einlegern eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen verwenden. Von der Barreserve für eventuelle Rückzüge der Kontoinhaber abgesehen (diese Reserve bewegt sich normalerweise zwischen 10 und 20 Prozent), verwendet die Bank den überwiegenden Teil im kurzfristigen Kreditgeschäft. Diese Kredite erlauben ihren Nutzniessern die Erfüllung finanzieller Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern. Zahlen diese das erhaltene Geld ebenfalls kurzfristig auf ihr Bankkonto ein (eine Annahme, die grosse Wahrscheinlichkeit besitzt), so werden diese Banken ebenfalls in die Lage versetzt, unter Beachtung eines bestimmten Deckungssatzes ihre Kredite auszudehnen. Dieser Prozess lässt sich beliebig weit fortsetzen, wobei bei jeder neuen Phase die Kreditausweitung der jeweiligen Banken um den Betrag der zurückbehaltenen Barreserve zu kürzen ist. Geht zum Beispiel einer Bank seitens eines Kunden eine Einlage von Fr. 100.– zu, so kann das ganze Bankensystem bei einem angenommenen Deckungssatz von 20 Prozent Kredite in der Höhe von Fr. 400.– gewähren (1. Bank = 80.–, 2. Bank 80.– weniger 20 Prozent = 64.– usw.). Voraussetzung für diesen Kreditschöpfungsprozess ist natürlich, dass das Geld bei den verschiedenen Stellen, die es durchlaufen muss, nicht hängenbleibt, sondern immer wieder ins Bankensystem zurückströmt. Erfahrungsgemäss verbleibt von der Notengeldmenge in einer Volkswirtschaft ein bestimmter, auf die Dauer ziemlich konstant bleibender Prozentsatz innerhalb des Bankensystems, während der Rest Zwecken ausserhalb der Bankensphäre dient. – Die den Einlegern eröffneten Konti sind nun identisch mit dem von den Banken geschaffenen Geld, welches deshalb auch Buchgeld genannt wird (in unserem Zahlenbeispiel wurde insgesamt für Fr. 500.– [100.– + 80.– + 64.– usw.] Buchgeld geschaffen). Will nämlich der Inhaber eines Bankguthabens zur Bezahlung einer Anschaffung auf sein Konto zurückgreifen, so zieht er einen Check auf seine Bank A. Der Empfänger des Checks übergibt diesen seiner eigenen Bank B zur Gutschrift, die ihn der Bank A zur Zahlung vorlegt. Ist nun die Bank A ebenfalls im Besitz von Checks, die auf die Bank B gezogen sind, so werden die Checks gegeneinander verrechnet (Bankenclearing), ohne dass dazu Notengeld notwendig wäre. Lediglich Überschüsse sind mit Notengeld zu begleichen; normalerweise ziehen es die Gläubigerbanken kurz-

fristig aber vor, den ihnen zustehenden Betrag als Guthaben bei der Schuldnerbank stehen zu lassen.

Mindestreserven – ein unentbehrliches Instrument der Notenbankpolitik

Wenn man bedenkt, dass Ende 1966 von Fr. 29 Milliarden im Umlauf sich befindenden Geldmitteln nur deren 10 Milliarden Notengeld waren, während 15 Milliarden auf dem Geldschöpfungsprozess der Banken beruhten, so erkennt man unschwer die hervorragende Rolle, welche die Banken bei der Geldversorgung unseres Landes spielen. Eine antiinflationistische Geldpolitik muss somit, sollen ihre Ziele nicht von allem Anfang an in Frage gestellt werden, auf die bedingungslose Unterstützung der Banken zählen können. Diese Voraussetzung besteht in der Schweiz leider nicht; immerhin ist in letzter Zeit – im Rahmen der Revision des Nationalbankgesetzes – in dieser Angelegenheit viel diskutiert und geschrieben worden. Unsere eigene Meinung geht dahin, dass eine freiwillige Mitwirkung der Banken, etwa in Form der in der Vergangenheit bereits praktizierten «Gentlemen's Agreement», die für eine erfolgreiche Geldpolitik notwendige Disziplin nicht zu schaffen vermag, sondern dass sich diese nur durch eine gesetzliche Regelung erreichen lässt. Es wäre doch wohl falsch anzunehmen, dass eine Bank ihre Tätigkeit in erster Linie nach dem Wohl der gesamten Wirtschaft ausrichtet und ihre Eigeninteressen auf den zweiten Platz verweist. So ist es in einer Inflation im Interesse der Gesamtheit wünschenswert, dass die Banken sich bei der Ausdehnung ihrer Kredite nach strengen Regeln richten; anderseits ist ungenutzte Liquidität gleichbedeutend einer Schmälerung der aus dem Kreditgeschäft effektiv erzielbaren Zinseinnahmen. Es wird deshalb jeder gewinnstrebige Bankier (und wer ist dies nicht?) versuchen, für eventuelle brachliegende Gelder Verwendung zu finden. – Diese Erkenntnis hat sich im Ausland schon seit Jahrzehnten durchgesetzt, hat man doch in den meisten westlichen Staaten Mittel und Wege gefunden, der Expansionslust der Banken, die sich eben in Zeiten der Inflation äusserst schädlich für eine Volkswirtschaft auswirken kann, die nötigen Zügel anzulegen. Durch das Mittel der *Mindestreservenpolitik* werden den Banken Deckungsvorschriften gemacht, die sie unter Umständen zur Kündigung gewährter Kredite und so zur Vernichtung von Buchgeld zwingen können. Nehmen wir zur näheren Erläuterung unser voriges Zahlenbeispiel: Unter der Annahme, dass der nunmehr durch die Notenbank *vorgeschriebene* Reservesatz von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werde, schmilzt die Geldschaffungskraft bei einer Neueinlage von 100 auf die Hälfte, die Kreditschöpfungsmöglichkeit auf drei Achtel (150) der vorigen Werte zusammen. Bestehen zudem bei einer Erhöhung des Deckungssatzes durch die Notenbank bei den Banken keine Überschussreserven, das heisst waren die Kundeneinlagen gerade noch zum vorgeschriebenen Satz

gedeckt, so werden die Banken die von ihnen gewährten Kredite kürzen und in entsprechendem Umfang durch sie geschaffenes Geld vernichten müssen. Das Mittel der Mindestreservenpolitik steht heute – im Rahmen der Revision des Nationalbankgesetzes – auch in der Schweiz zur Diskussion. Es wäre dies eine längst fällige Ergänzung des Instrumentariums unserer Notenbank, die damit zum ersten Male seit ihrem Bestehen über ein wirksames Mittel zur Kontrolle des Geldvolumens unserer Volkswirtschaft verfügen würde. Der erbitterte Widerstand, den die Banken diesem Projekt entgegensetzen, ist zwar aus der richtigen Erkenntnis heraus, dass ihre Dispositionsfreiheit durch diese Massnahme empfindlich eingeschränkt würde, durchaus begreiflich. Ihr Haupteinwand, dass das einwandfreie Funktionieren einer Wirtschaft durch ein liberales System immer noch am besten gewährleistet sei, wirkt aber bei einer an den Grenzen ihrer Kapazität arbeitenden Wirtschaft, deren Anfälligkeit durch die hochgradige Verflechtung mit dem Ausland noch verstärkt wird, wenig überzeugend.

Unsere bisherigen Ausführungen waren dem Gelde und seinen Beziehungen zur Inflation gewidmet. In einem weiteren Abschnitt sei noch der Vorgang der Geldentwertung als solcher behandelt, wobei weniger modelltheoretische Überlegungen angestellt, sondern vielmehr die bewegenden Kräfte dieses Prozesses näher beleuchtet werden sollen.

Kosten- und Nachfrageinflation

Der Anstoss zu einem Preisauftrieb kann von der Kostenseite her erfolgen, ist aber auch auf dem Wege über eine direkte Beeinflussung der Güterpreise durch die Nachfrageseite möglich. Untersuchen wir zuerst die erste der beiden hier beschriebenen Möglichkeiten, diejenige der *Kosteninflation*:

Eine Lohnerhöhung, der kein oder zumindest kein gleich hoher Produktivitätsfortschritt zugrunde liegt, vergrössert die Gestehungskosten des Unternehmers und hat so eine Schmälerung seiner Gewinnmarge zur Folge. Der Unternehmer wird versuchen, seinen Gewinn durch eine Anpassung der Verkaufspreise an die gestiegenen Kosten auf den alten Stand zu bringen. Ein höheres Preisniveau setzt aber – wie beschrieben – eine Vergrösserung des Geldvolumens voraus. Bei knapper Liquidität der Banken liegt der in jeder Hinsicht unangenehme Entscheid bei der Notenbank, ob sie dem Drängen der Wirtschaft nach höheren Krediten stattgeben und somit einer Preissteigerung Vorschub leisten oder die Inflation durch eine restriktive Geldpolitik verhindern soll. In diesem Fall würden aber die Unternehmer durch ihre reduzierten Gewinne zur Einschränkung ihrer Produktion und zur Entlassung von Arbeitern veranlasst. Es sind dies sehr schwerwiegende Konsequenzen, denen sich in der Vergangenheit die meisten Notenbanken durch eine large Geldpolitik zu entziehen suchten. Gelingt dem Unternehmer eine Überwälzung

der gestiegenen Lohnkosten auf die Preise, so wird der vorübergehend gestiegene Reallohn der Arbeiter wiederum auf das Niveau vor der Lohnerhöhung heruntergedrückt. Solange beim Unternehmer der Wille und die Möglichkeit der Weiterwälzung höherer Kosten auf die Produktpreise bestehen, drücken sich Lohnerhöhungen auf die Dauer lediglich in nominalen Einkommenssteigerungen aus; die reale Kaufkraft jedoch bleibt sich gleich.

Grundsätzlich verschieden sind die Voraussetzungen bei der *Nachfrageinflation*, wo das Preisniveau nicht von der Kosten- sondern direkt von der Nachfrageseite her in Bewegung gerät. Durch eine autonome Ausdehnung des Geldvolumens (respektive Erhöhung der Kredite) seitens der Notenbank oder des Bankensystems wird einem unveränderten Warenangebot eine gestiegene (monetäre) Nachfrage gegenübergestellt, was – gemäss unseren früheren Darlegungen – zu steigenden Preisen führen muss. Die Anpassung der Löhne an das gestiegene Preisniveau erfolgt hier erst nach einer gewissen Frist, etwa im Zeitpunkt einer vertraglich vereinbarten Lohnrunde zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die verzögerte Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise schlägt sich beim Unternehmer in Form höherer Gewinne nieder; auf der anderen Seite verringert sich der Reallohn des Arbeiters entsprechend.

Die Inflation im Dienste staatlicher Konjunkturpolitik

Die Nachfrage-Inflation ist heute ein beliebtes Mittel staatlicher Konjunkturpolitik. Durch Schaffung von Geld in einem Ausmaße, das den jährlichen Produktivitätszuwachs bei weitem übersteigt, wird das Zinsniveau künstlich gesenkt und damit der Unternehmerkredit verbilligt (Billiggeldpolitik). Diese Begünstigung seitens des Staates wie auch der nun einsetzende Preisanstieg sind dazu angetan, die Gewinnerwartungen des Unternehmers zu steigern und ihn zu zusätzlichen Investitionen zu veranlassen. Das Ziel dieser Politik ist die Vollbeschäftigung, ein durchaus wünschenswerter Zustand. Der dafür zu zahlende Preis ist jedoch derart hoch und für einzelne Bevölkerungsschichten mit so schwerwiegenden Nachteilen verbunden, dass es das Bestreben jeder verantwortungsbewussten Regierung sein muss, dieses Ziel mit seriöseren wirtschaftspolitischen Mitteln zu erreichen, ganz abgesehen davon, dass die Inflation das Ideal der Vollbeschäftigung auf die Dauer auch nicht zu sichern vermag. Der stimulierende Effekt auf die Unternehmer ist nämlich nur so lange wirksam, als die Preise einen Vorsprung auf die Löhne aufweisen, das heißt die Profitrate des Unternehmers muss sich auf Kosten der Reallöhne erhöhen.

Gelingt jedoch den Gewerkschaften – des dauernden Kampfes um den Teuerungsausgleich müde – die Durchsetzung einer gleitenden Lohnskala (wie dies etwa in Italien der Fall ist), die jeder Erhöhung der Lebenskosten automatisch eine Lohnanpassung folgen lässt, so ist die Benutzung des In-

flationsprozesses zur «Korrektur von Lohnvereinbarungen» (Lutz) nicht mehr möglich.

Es wäre interessant, noch einen kurzen Blick auf die Geldentwertung in der Schweiz zu werfen und insbesondere einige Überlegungen hinsichtlich der Verteilung der Verantwortlichkeiten anzustellen.

Schweizer Inflation überwiegend nachfragebedingt

Die Arbeitgeberkreisen nahestehende Tagespresse vertritt in der Regel die Meinung, die Preiserhöhungen würden eindeutig in Anpassung an die vorher gestiegenen Löhne vorgenommen, es handle sich also in unserem Falle um eine typische Kosteninflation. Dieser Inflationstypus setzt definitionsgemäss eine den Produktivitätsfortschritt übersteigende Verbesserung des Reallohns der Arbeitnehmer voraus. So war etwa die Geldentwertung der fünfziger Jahre in den USA, begleitet von einer relativ hohen Unterbeschäftigung, das Resultat eines von den Gewerkschaften künstlich hochgehaltenen Lohnniveaus, also eine typische Lohninflation. Die erhöhten Kosten (gesunkenen Gewinne) veranlassten nämlich damals die Unternehmer zur Entlassung von Arbeitern.

Hievon gänzlich verschieden ist die heutige Situation in der Schweiz. Es ist eine Tatsache, dass die zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarten Tariflöhne, welche immerhin auf Berechnungen der in einer bestimmten Zeitspanne erfolgten Produktivitätsfortschritte sowie des Lebenskostenanstiegs abstellen, in der Praxis immer wieder überboten werden. Nun ist zwar der Unternehmer bei der heutigen angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt zu dieser Lohnpolitik förmlich gezwungen, will er nicht seiner Arbeitskräfte teilweise verlustig gehen. Diese Bereitwilligkeit der Unternehmer zur Überbietung der Mindestsätze, dieser Wille zur Produktion um jeden Preis ist nun aber nichts anderes als das Resultat der in der Vergangenheit erzielten, äusserst vorteilhaften Geschäftsergebnisse, die den Unternehmer auch die Zukunftsaussichten optimistisch beurteilen lassen. Allein die Aussicht auf Übergewinne vermag jenen ungestümen Expansionsdrang zu erzeugen, wie er unserer Wirtschaft im letzten Jahrzehnt eigen war. Nur unter diesen Voraussetzungen lässt sich zudem dieser ungeheure Bedarf an ausländischen Arbeitskräften erklären, deren Produktivität häufig, infolge mangelnder fachlicher Qualifikation und steten Wechsels des Arbeitsplatzes, gering war und der strafferen Kalkulation einer durch die Inflation weniger geprägten Konjunktur kaum hätte standhalten können.

Aus obigen Gründen ist es unseres Erachtens falsch, die Urheber der Preis hausse der vergangenen Jahre auf der Kostenseite suchen zu wollen. Bei der Kosteninflation hinken definitionsgemäss die Preise hinter den Löhnen her und muss der Unternehmer auf die Erhaltung seines Gewinnanteils bedacht sein. Also eine Situation, die ihm jede Investition als risikoreicher erscheinen

lässt und somit einen dämpfenden Einfluss auf seine Expansionslust ausübt. Gerade die Investitionsfreudigkeit der vergangenen Jahre zeigt aber, wie wenig die Diagnose der Lohninflation angebracht ist. – Damit soll nun wiederum nicht gesagt sein, dass der Preisauftrieb lediglich von der Nachfrageseite her erfolgte. Es ist ohne weiteres möglich, dass die Arbeitnehmerseite bei ihren Lohnverhandlungen nicht nur eine Kompensation der gestiegenen Lebenshaltungskosten und des Produktivitätsfortschritts fordern, sondern auch die zukünftig zu erwartende Geldentwertung schon heute berücksichtigt sehen wollen. Dies führt dann in der Tat zu Preiserhöhungen, die teilweise durch die den Produktivitätsfortschritt überschreitenden Reallohnverbesserungen induziert sind. Es ist anderseits offensichtlich, dass die Symptome, die heute auf eine Nachfrage-Inflation hinweisen, *bei weitem überwiegen*.

Karl Grobe

Vietnam in den Kordilleren ?

Ganz Lateinamerika hört auf Havana – mit diesem Satz lässt sich das erwünschte Ergebnis der Konferenz in der kubanischen Hauptstadt am ehesten umschreiben. Teils geängstigt und besorgt, teils auch zu neuen Taten angespornt, beobachtete der Kontinent zwischen Mexiko und Feuerland in der Tat in der Woche vom 31. Juli bis 5. August die Konferenz.

Wenn es sich um bedeutende politische Kräfte gehandelt hätte, die sich unter Fidel Castros wachsamen Augen versammelten, wäre diese Aufmerksamkeit noch eher berechtigt gewesen, denn die OLAS (Organización Latino-Americana de Solidaridad) forderte nichts weniger als die Revolution auf dem ganzen Kontinent. «In Südamerika müssen viele neue Vietnams entstehen!» So beschwore Fidel Castros ehemals engster Mitarbeiter, der argentinische Arzt und Revolutionär Ernesto («Che») Guevara Serna, von seinem Versteck in den Anden aus die OLAS-Konferenz. Sein Wort wurde zum Motto der Tagung. Auch wenn Moskau zu bremsen versuchte und dabei taktische Siege in einzelnen Resolutionen erringen konnte – eine gewisse Zahl von Moskau zuneigenden Kommunisten war auch diesmal dabei –, so waren doch die fidelistischen Bestrebungen zur Unabhängigkeit von allen anderen Zentren der Revolution unverkennbar.

Die Verbindung zwischen den Revolutionen im Norden und im Süden